

Pressemitteilung

15. August 2019

INSM-Bildungsmonitor 2019

Schulabbrecherquote bundesweit erneut gestiegen

Berlin – In der Bildungspolitik geht der Trend in die falsche Richtung. Die Schulabbrecherquote stieg allein binnen eines Jahres von 5,7 auf 6,3 Prozent an – unter Ausländern sogar von 14,2 auf 18,1 Prozent. Das ist eines der Ergebnisse des **INSM-Bildungsmonitor 2019**, der heute veröffentlicht wurde. „Dieser Fehlentwicklung dürfen die zuständigen Politiker in Bund und Ländern nicht tatenlos zusehen. Die bisherigen Anstrengungen reichen offensichtlich nicht aus. Wenn in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen-Anhalt prozentual fast doppelt so viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen wie in Hessen, Hamburg und Bayern, ist nicht nur die Chancengerechtigkeit in Gefahr“, so INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr.

Der INSM-Bildungsmonitor 2019 zeigt insgesamt: Die leistungsfähigsten Bildungssysteme haben Sachsen und Bayern gefolgt von Thüringen, dem Saarland, Hamburg und Baden-Württemberg. Gegenüber dem Vorjahr konnte Bayern seine gute Position noch einmal verbessern und auf Platz zwei vorrücken. Bemerkenswert sind auch die Fortschritte im Saarland, das einen Sprung auf Platz 4 schaffte. Und Bremen konnte immerhin die rote Laterne wieder an Berlin zurückgeben. In der Mehrzahl der Bundesländer und Handlungsfelder gab es keine Fortschritte, sondern steigende Herausforderungen.

Während die Bildungspolitik in den letzten Jahren durchaus die Ausgaben erhöht, die Betreuungsrelationen an den Schulen verbessert und die Förderinfrastruktur gestärkt hat, reichen die Anstrengungen unterm Strich nicht aus, um die Teilhabechancen der jungen Menschen zu sichern. So sind im Bildungsmonitor in den letzten Jahren vor allem in den Handlungsfeldern Integration, Bildungsarmut und Schulqualität die größten Verschlechterungen festzustellen.

Die Förderung der Durchlässigkeit des Bildungssystems und der Sicherung von Teilhabechancen sind daher die zentralen Herausforderungen der Bildungspolitik in den kommenden Jahren. Hierzu wären eine Stärkung der Sprachförderung an Kitas, der weitere Ausbau an Ganztagschulen, eine nach Sozialindex differenzierte Bildungsfinanzierung und mehr Vergleichsarbeiten an Schulen mit darauf aufbauenden Förderangeboten sinnvoll. Um die digitale Grundbildung zu sichern, sollte der Digitalpakt zügig umgesetzt, die digitale Infrastruktur dauerhaft sichergestellt und ein Ideenwettbewerb um die besten digitalen Lehrmethoden entfacht werden. Ferner sind bestehende soziale Unterschiede bei der ökonomischen Bildung zu verringern und eine ökonomische Grundbildung bundesweit sicherzustellen. Lehrkräfte sind in den Bereichen Integration, Digitalisierung und ökonomische Bildung entsprechend zu qualifizieren.

Dies sind die zentralen Ergebnisse des INSM-Bildungsmonitor 2019. Die Vergleichsstudie des **Instituts der deutschen Wirtschaft (IW)** im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** untersucht, inwieweit die Bundesländer Bildungsarmut reduzieren, zur Fachkräftesicherung beitragen und Wachstum fördern. Der Bildungsmonitor wird in diesem Jahr zum 16. Mal veröffentlicht.

Aus Sicht der INSM braucht es eine Doppelstrategie. Pellengahr: „Mehr Geld allein macht noch keine gute Bildung. Auch wenn die Bildungsausgaben zunehmen und der Staat mehr

in Kita und Ganztagschule investiert – das Geld muss vor allem effektiver eingesetzt werden. Der in den vergangenen Jahren im Bildungsmonitor beobachtete Rückschritt in wichtigen Handlungsfeldern ist alarmierend. Wir schlagen daher vor: Mehr bundesweit vergleichbare Tests und mehr Handlungsfreiheit für die Schulen, um einen Ideenwettbewerb zu entfallen sowie gleichzeitig mehr nach einem, die familiären Hintergründe der Schüler erfassenden, Sozialindex differenzierte Mittel für die Bildungspolitik, um die Schwächsten besser zu fördern. Die Herausforderungen an ein modernes Bildungssystem reichen dabei von Durchlässigkeit und Integration bis zur Sicherung von digitaler und ökonomischer Grundbildung.“

Der INSM-Bildungsmonitor macht deutlich, dass eine Reformagenda für das Bildungssystem notwendig ist. Notwendige Mittel sollten dafür zielgerichtet eingesetzt werden.

Studienleiter **Prof. Dr. Axel Plünnecke** vom IW erklärt: „Wir brauchen dringend einen weiteren Ausbau von Kita-Plätzen und Ganztagschulen, mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung, Investitionen in digitale Bildung und mehr Mittel zur individuellen Förderung in sozialen Brennpunkten.“ Plünnecke weiter: „Aktuell werden von Staat und Privat in Deutschland gut neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung ausgegeben – diese Marke sollte auf zehn Prozent steigen. Durch mehr gezielte Ausgaben in Forschung und Bildung können Wirtschaftswachstum und Teilhabe gestärkt und dadurch der Wohlstand langfristig gesichert werden.“

Zur Studie „Bildungsmonitor“

In die Studie Bildungsmonitor 2019 werden 93 Indikatoren einbezogen. Dazu gehören Indikatoren zur Beschreibung der Infrastruktur, beispielsweise die Verfügbarkeit von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten sowie die Betreuungsrelationen an Schulen. Untersucht werden auch Indikatoren, die den Zugang zu Bildung beschreiben, wie Schulabbrecherquoten, Abbrecherquoten von Ausländern und der Anteil der Schüler, die von Bildungsarmut betroffen sind, sowie Indikatoren, die die Qualität der schulischen Leistung und den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen abbilden. Damit messen die Indikatoren sowohl Aspekte der Bildungsgerechtigkeit als auch Impulse des Bildungssystems zur Stärkung der Qualifikationsbasis der Volkswirtschaft. Die zugrunde liegenden Daten beziehen sich zumeist auf das Jahr 2017 oder 2018. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen keine aktuelleren statistischen Daten in Deutschland vor.

Neben einer Bestandsaufnahme zur Leistungsfähigkeit des Bildungssystems werden die Ergebnisse des Bildungsmonitors 2019 auch mit dem Jahr 2013 verglichen. So gibt die Studie auch darüber Auskunft, welches Bundesland die größten Verbesserungen in seinem Bildungssystem erreicht hat.

Alle Ergebnisse des Bildungsmonitors 2019 sowie zahlreiche Grafiken finden Sie unter www.insm-bildungsmonitor.de

Kontakt

INSM: Florian von Hennet (hennet@insm.de, 030 27 877 174)

IW Köln: Studienleiter Prof. Dr. Axel Plünnecke (pluennecke@iwkoeln.de, 0221 4981-701)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.

Der Bildungsvergleich der Länder

	Land	Gesamtergebnis ¹	
		Punkte (Rang)	
		2019	Veränderung zu 2013
1	Sachsen	68,0	-0,7
2	Bayern	61,2	4,4
3	Thüringen	56,9	-7,3
4	Saarland	56,0	16,2
5	Hamburg	55,0	6,6
6	Baden-Württemberg	53,8	-2,8
7	Rheinland-Pfalz	49,2	2,0
8	Mecklenburg-Vorpommern	48,9	0,9
9	Niedersachsen	48,3	2,3
10	Hessen	48,0	-0,1
11	Schleswig-Holstein	47,3	1,7
12	Sachsen-Anhalt	46,2	-4,3
13	Nordrhein-Westfalen	44,1	1,1
14	Bremen	44,0	1,0
15	Brandenburg	43,7	-2,9
16	Berlin	43,0	3,8

Quelle: IW Köln; Stand: 06.07.2019¹

Alle Indikatoren werden auf einer Punkteskala (0-100) skaliert und sind somit vergleichbar. Die höchste Punktzahl beim Bestandsranking erhält das Bundesland, das insgesamt die höchste Punktzahl über alle 12 Handlungsfelder erreicht. Die im INSM-Bildungsmonitor 2019 dokumentierten Zahlen bilden überwiegend das Jahr 2017 oder 2018 ab. Die Veränderung zum Vorjahr wurde auf Basis der aktuellen Indikatorik und Methodik berechnet.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.